

Amtliche Bekanntmachung Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB)

Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses für den Bebauungsplan Nr. 7
„Ortskern Wiedemen – 2. Änderung und Erweiterung“ der Gemeinde Hopferau

Die Gemeinde Hopferau hat mit Beschluss vom 08.06.2020 den Bebauungsplan für das Gebiet am nördlichen Rand der Ortslage Wiedemen und südlich von Lehern mit den Grundstücken bzw. Teilflächen (TF) der Grundstücke der Fl. Nrn. 999/3 (TF), 999/2, 1001, 1004/2, 1006, 1006/1, 1006/2, 1006/3, 1006/4, 1006/2, 1007, 1008, 1008/1 (TF, Straße „Lehern“), 1008/4, 1090/1, 1090/2, 1090/4, 1090/3, 1091/1, alle Gemarkung Hopferau als Satzung beschlossen. Dieser Beschluss wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 7 „Ortskern Wiedemen – 2. Änderung und Erweiterung“ in Kraft. Jedermann kann den Bebauungsplan i.d.F. vom 08.06.2020, erstellt durch abtplan – büro für kommunale entwicklung, Kaufbeuren, mit der Begründung bei der Gemeinde Hopferau, (Hauptstraße 8, 87659 Hopferau) während der üblichen Öffnungszeiten einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,


wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

25. AUG. 2020

Gemeinde Hopferau, den




Achaz, Erster Bürgermeister

An die Amtstafel geheftet am:

26. AUG. 2020

abgenommen am:

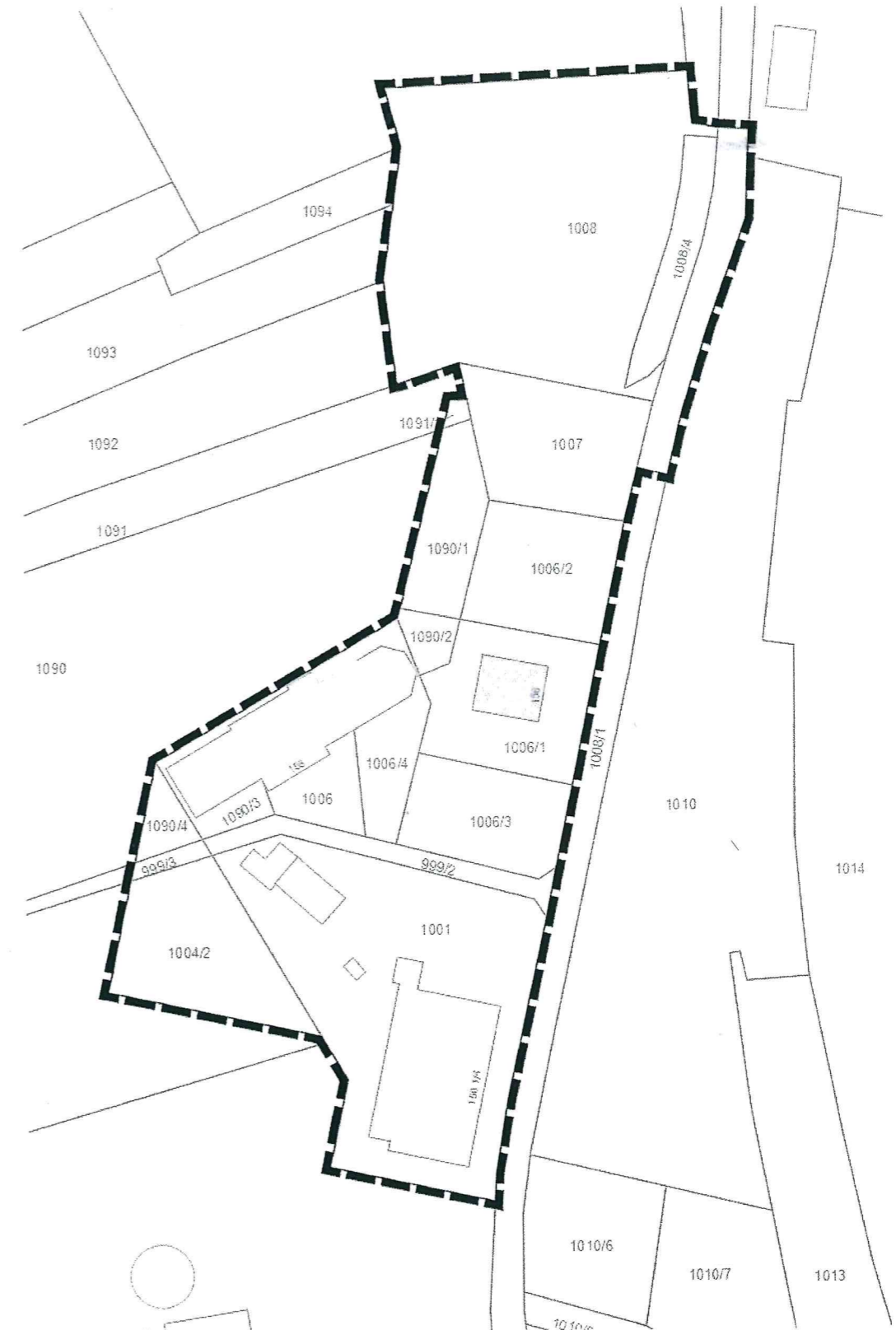


Abbildung 1: Lageplan des BBP Nr. 7, 2. Änderung, unmaßstäblich